



Vorlage Nr. 24-V-05-0018

Tagesordnungspunkt 2

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden Klarenthal am 5. November 2024

4. Fortschreibung lokaler Nahverkehrsplan der Landeshauptstadt Wiesbaden und des Rheingau-Taunus-Kreises

Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage:

Es wird zur Kenntnis genommen:

1. Die Beschlussfassung des Nahverkehrsplans selbst hat noch keine finanzwirtschaftliche Relevanz, sondern erst die separat zu beschließende Umsetzung der im Nahverkehrsplan beschriebenen Netzreform.
2. Das aus dem Nahverkehrsplan resultierende Anforderungsprofil an den ÖPNV-Betrieb, welches zum Beispiel die Ausstattungsmerkmale der Haltestellen und Busse definiert, tritt unmittelbar in Kraft und ist entsprechend bei Baumaßnahmen und Neubeschaffungen zu berücksichtigen.
3. Sowohl der im Nahverkehrsplan analysierte Ist-Zustand im ÖPNV als auch die vorgeschlagenen Basis- und Zielnetze stellen eine ausreichende Verkehrsbedienug nach § 8 Abs. 3. Personenbeförderungsgesetz für die Bevölkerung der Landeshauptstadt Wiesbaden dar.
4. Die Gutachtenden haben sich bei der Erstellung des Basisnetzes in Bezug auf Fahrplankilometer, Fahrpersonale und Fahrzeuganzahl grundsätzlich am Bestandsangebot vom 11. Dezember 2022, inkl. der Linien 35 und 36, orientiert.
5. Das im Nahverkehrsplan beschriebene Zielnetz ist ohne einen zweiten Betriebshof für die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH nicht umsetzbar. Darüber hinaus ist für dieses Zielnetz eine deutlich erhöhte Anzahl an Fahrpersonalen und Fahrzeugen notwendig. Sofern die strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen es zulassen, ist vorgesehen das Basisnetz kontinuierlich in Richtung Zielnetz weiterzuentwickeln.
6. Für den zukünftigen barrierefreien Haltestellenausbau in der Landeshauptstadt Wiesbaden wird die Priorisierungsliste aus dem Anhang des Nahverkehrsplans zugrunde gelegt.
7. Sowohl die Wiesbadener Ortsbeiräte als auch die Wiesbadener Bevölkerung hatten im Rahmen des Erarbeitungsprozesses des Basis- und Zielnetzes mehrfach Möglichkeiten zur Partizipation.

8. Die Haltestellenumbenennungen und Namen bei Neueinrichtungen aus dem Nahverkehrsplan sind zunächst Vorschläge und müssen von den zuständigen Ortsbeiräten in separaten Vorlagen final beschlossen werden. Alternativ können die Ortsbeiräte im Rahmen ihrer Beschlussfassung zum Nahverkehrsplan den vorgeschlagenen Namen auch explizit zustimmen.

Es wird beschlossen:

9. Dem in der Anlage beigefügten vierten Nahverkehrsplan für die Landeshauptstadt Wiesbaden gemäß dem Gesetz über den Öffentlichen Personennahverkehr in Hessen wird zugestimmt.
10. Der Magistrat/Dezernat V wird beauftragt, in Verbindung mit der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH, die Umsetzung der Liniennetzreform auf Grundlage des Basisnetzes detailliert vorzubereiten und spätestens im Herbst 2025 mittels separater Sitzungsvorlage über die wirtschaftlichen Konsequenzen, insbesondere in Bezug auf das jährliche Defizit der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH, zur Beschlussfassung vorzulegen. Dies beinhaltet auch die Folgen aus der im Nahverkehrsplan vorgeschlagenen Einführung eines On-Demand-Verkehrs.
11. Sofern die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH für die Umsetzung der Liniennetzreform, inkl. etwaiger Anpassungen an der Verkehrsinfrastruktur, externe Unterstützung benötigt, sind entsprechende Ausschreibungen vorzubereiten und deren finanziellen Auswirkungen in der unter Beschlusspunkt zehn genannten Sitzungsvorlage darzustellen.
12. Bis zur Vorlage der unter Beschlusspunkt zehn genannten Sitzungsvorlage ist das im Dezember 2024 gültige Bestandsnetz, unter Berücksichtigung der SV 24-V-05-0017 („Anpassungen im Liniennetz“) der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH fortzuführen. Von Änderungen an diesem wird abgesehen, sofern dies nicht aus wirtschaftlichen oder strukturellen Gründen notwendig wird.

Beschluss Nr. 0099

1. Die Sitzungsvorlage Nr. 24-V-05-0018 „4. Fortschreibung lokaler Nahverkehrsplan der Landeshauptstadt Wiesbaden und des Rheingau-Taunus-Kreises“ wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Ortsbeirat weist jedoch auf die kommenden Probleme - die durch die neuen Linienführungen und die Errichtung zahlreicher neuer Haltestellen entstehen - hin: Z. B. schwieriger Begegnungsverkehr und Zufahrten, langwierige Verhandlungen mit privaten Eigentümern, falls die neuen Haltestellen nicht auf städt. Grundstücken errichtet werden können und die wegfallende Parkplätze.

2. Der Magistrat wird gebeten, die Sitzungsvorlage dem Ortsbeirat in seiner Sitzung am 28. Januar 2025 vorzustellen und offene Fragen zu beantworten.

+

+

Verteiler:

Dezernat V z. w. V.

Ludwig
Ortsvorsteher